

Interview mit Dr. Ute Maier, Vorstandsvorsitzende der KZV BW

## „Politik muss die Versorgung von Menschen mit Handicap endlich ernst nehmen“

Kaum zu glauben: Für die zahnmedizinische Versorgung von behinderten und pflegebedürftigen Menschen gibt es in Deutschland kein flächendeckendes Betreuungskonzept. Dabei ist nachgewiesen, dass die Zahngesundheit dieser Menschen deutlich schlechter ist, als die anderer Gruppen. „Es ist längst an der Zeit, dass die Politik sich dieses Problems annimmt und es löst“, betonte Dr. Ute Maier, Vorstandsvorsitzende der KZV BW, im ZBW-Gespräch. Die Zahnärzteschaft hat ein Versorgungskonzept entwickelt und dieses zuletzt Mitte September auf höchster Ebene in die Bundespolitik eingebracht.

**ZBW: Frau Dr. Maier, die Zahngesundheit von behinderten und pflegebedürftigen Menschen ist im Vergleich zu anderen Gruppen deutlich schlechter. Woran liegt das?**

**Maier:** Bisher gibt es kein flächendeckendes Betreuungskonzept für diese Menschen. In der Pflege ist für Mundhygienemaßnahmen nur eingeschränkt Zeit eingeplant. Oft mangelt es auch an der Schulung der Pflegekräfte. Und der Leistungskatalog der GKV sowie das SGB V setzen auf die Eigenverantwortung der Menschen. Diese ist jedoch bei dem besagten Personenkreis eingeschränkt, ebenso die Mobilität. Je nach Grad der Behinderung ist es sehr aufwändig und schwierig, einen Praxisbesuch zu organisieren, da Betreuungspersonal und oft auch ein Krankentransport notwendig sind. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten der Behandlung durch einen Zahnarzt in den Einrichtungen alleine schon aufgrund der fehlenden technischen Voraussetzungen eingeschränkt. Insgesamt ist das jetzige System nicht auf diese besonderen Bedürfnisse der pflegebedürftigen Menschen ausgerichtet.

**Wenn das Defizit nun schon identifiziert ist, was kann die Zahnärzteschaft als Heilberuf konkret unternehmen, um die Situation**

**für diese Menschen zum Besseren zu ändern?**

Im Moment funktioniert die Versorgung insbesondere durch ein hohes, zeitintensives und ehrenamtliches Engagement von wenigen. Um dies zu ändern haben



Foto: Kleinbach

**Innovativ.** „Die Lösung der Versorgungsprobleme bei behinderten und pflegebedürftigen Menschen kann aus meiner Sicht nur gelingen, wenn sich die Politik endlich um das Thema kümmert und die Rahmenbedingungen schafft.“, betont Dr. Ute Maier, Vorsitzende des Vorstandes der KZV BW.

wir Zahnärzte ein Versorgungskonzept für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen entwickelt, das auf Bundesebene von Kassenzahnärztlicher Bun-

desvereinigung und Bundeszahnärztekammer letztes Jahr vorgestellt wurde.

**Auf welche Resonanz ist dieser Vorschlag gestoßen?**

Die Verbände der Betroffenen haben unsere Initiative begrüßt und werden diese unterstützen. Die Politik hat den Vorschlag mit Wohlwollen aufgenommen, aber sie hat es bisher nicht geschafft, den ordnungspolitischen Rahmen im SGB V zu schaffen.

**Mit dem neuen GKV-Versorgungsgesetz würde sich eine gute Gelegenheit bieten, dieses Konzept in der GKV zu verankern. Sehen Sie da eine Chance?**

Es stimmt: Das Versorgungsstrukturgesetz bietet sich geradezu an. Deshalb haben KZBV und BZÄK Mitte September das Konzept zusammen mit zehn Verbänden, die sich um die Versorgung von behinderten oder pflegebedürftigen Menschen kümmern, erneut in den politischen Prozess eingebracht: auf Ministeriebene, im Gesundheitsausschuss des Bundestages, im Bundeskanzleramt und beim Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Betrachtet man die Diskussion der vergangenen Wochen um die Finanzierung des jetzigen Gesetzesentwurfes, so wird ganz schnell klar, dass die Finanzierbarkeit mit einer entscheidenden Hürde ist. Die Politik muss sich diesen Versorgungsnotwendigkeiten dennoch stellen, sie muss für die Versorgung dieser Menschen Lösungen finden.

**Gibt es für Sie in Baden-Württemberg Möglichkeiten, die Politik so auf das Konzept aufmerksam**

### zu machen, dass es mitgetragen und auf Bundesebene platziert wird?

Wir haben in Baden-Württemberg an verschiedenen Stellen auf das Konzept aufmerksam gemacht. So sind wir bereits bei der Vorgängerregierung aktiv geworden und auch mit der jetzigen Sozialministerin wollen wir baldmöglichst das Thema angehen. Hier liegt unsere Hoffnung insbesondere auch darauf, dass Frau Ministerin Altpeter aus dem Fachbereich Pflege kommt und deshalb der Versorgung der Behinderten und Pflegeheimbewohner besonders verbunden ist.

### Man hat sich den Vorwurf bereits anhören müssen, den Zahnärzten gehe es nur darum, eine neue Einnahmequelle zu erschließen. Was sagen Sie diesen Kritikern?

Eine solche Kritik kann ich nicht wirklich ernst nehmen. Sie zeugt von Unkenntnis der Sachlage. Wir haben es durch unsere intensiven Bemühungen in der Prophylaxe beginnend bereits bei Kindern und Jugendlichen geschafft, dass immer mehr ältere Menschen noch viele eigene Zähne besitzen. Das führt jedoch bei einer immer älter werdenden Bevölkerung dazu, dass, im Fall der Notwendigkeit der Pflege, diese Personen einer besonderen Betreuung zugeführt

werden sollten. Denn jeder eigene Zahn bedeutet auch ein Stück mehr Lebensqualität. Hier wollen wir als Zahnärzte gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen. In den letzten Jahren wurden zudem auf Initiative der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg wichtige Entwicklungen angestoßen, um die zahnärztliche Betreuung der betroffenen Menschen nach Maßgabe des oben erwähnten Konzeptes des oben erwähnten Konzeptes flächendeckend leichter in die Praxis umsetzen zu können. Dazu zählen unter anderem Aus- und Fortbildungsprogramme für die Pflegekräfte, ehrenamtlich tätige sogenannte Senioren- und Behindertenbeauftragte als Ansprechpartner und Hilfestellungen zur Kommunikation zwischen Zahnärzten und Pflegeeinrichtungen.

### Wie sind die besonderen Erfordernisse bei der Behandlung eines behinderten oder pflegebedürftigen Menschen?

Die Behandlung erfordert oft einen erhöhten Zeitaufwand, da die Mitarbeit von behinderten und pflegebedürftigen Menschen häufig eingeschränkt ist. Sie bedeutet aber auch oft eine zusätzliche physische und psychische Belastung für den Zahnarzt und die Mitarbeiterinnen, weil die Patienten mitunter nicht in eine optimale Arbeitsposition gebracht

werden können, die Mundöffnung eingeschränkt ist, die Patienten große Unruhe aufweisen, teilweise nicht verstehen können, was mit ihnen passiert, unkontrolliert reagieren. Durch die Multimorbidität bestehen oft auch erhöhte Risiken, insbesondere bei länger andauernden und operativen Eingriffen.

### Gibt es für Sie auf Landesebene Möglichkeiten, ohne die große Politik Lösungen z. B. zusammen mit den Krankenkassen herbeizuführen?

Klar. Wir haben in Baden-Württemberg schon immer mit den Krankenkassen landesspezifische Lösungen gefunden. So beispielsweise auch mit der AOK BW. Mit dieser haben wir seit 2007 eine Vereinbarung zur zahnärztlichen Behandlung von Pflegebedürftigen und behinderten Menschen in einer vollstationären Einrichtung. Im Rahmen des zunehmend von der Politik diktierten und regulierten Wettbewerbs sind die Spielräume der einzelnen Krankenkassen jedoch eingeschränkt. Eine umfassende Änderung wird deshalb aus meiner Sicht nur gelingen, wenn sich auch die Politik endlich um das Thema kümmert und die Rahmenbedingungen schafft.

» [guido.reiter@kzvbw.de](mailto:guido.reiter@kzvbw.de)  
Anzeige

Bestellcoupon



## Aktion Z

Altgold für die Dritte Welt





Ich möchte mich an der gemeinsamen „Aktion Z - Altgold für die Dritte Welt“ beteiligen.  
Bitte übersenden Sie mir:

- eine Sammeldose für Zahngold
- ein Informationspaket für das Wartezimmer

Absender in Druckbuchstaben \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Coupon schicken oder faxen an:

**Aktion Z - Altgold für die Dritte Welt**  
c/o Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe  
Postfach 10 05 41  
68005 Mannheim

**Für den schnellen Kontakt:**  
Fax 0621/38000-170  
E-Mail: [zentrale@bzk-karlsruhe.de](mailto:zentrale@bzk-karlsruhe.de)